

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 51. Charlottenburg, Freitag, den 17. Dezember 1920. Jahrg. 47.

Der Jahresabschluss der Verbandskasse pro 1919.

Später als in früheren Jahren ist der Abschluß der Hauptkasse unseres Verbandes für das Jahr 1919 soeben erschienen. Ungewöhnliche Arbeitshäufung, verursacht durch den ungewöhnlich starken Zustrom von neuen Mitgliedern, sowie die leider von einer Reihe von Zahlstellen beliebte verspätete Einsendung der Kassenabschlüsse haben es verschuldet, daß die Abrechnung sich so lange verzögerte. Hinzu kommt noch, daß weitgehende Änderungen in unserem gesamten Verwaltungssystem eine ungeheure Belastung mit Arbeit für das Kassenressort im Gefolge hatten, die ebenfalls an der verspäteten Fertigstellung des Abschlusses schuld ist.

Der Bericht bietet diesmal ein erfreuliches Bild einer Aufwärtsbewegung, wie noch kein anderer vorher. Insbesondere ist der starke Zugang an Mitgliedern hervorzuheben. Am Schlusse des Jahres 1916 waren Mitglieder vorhanden 4424, darunter 1841 weibliche. Am Schlusse des Jahres 1917 waren es 7040, darunter 3565 weibliche. Am Jahreschlusse 1918 konnten gezählt werden 16 425 Mitglieder, darunter 8255 weibliche. Der vorliegende Bericht für 1919 weist einen Bestand von 42 643 Mitgliedern auf, darunter 18 638 weibliche. Der gesamte Zugang an Mitgliedern im Berichtsjahre betrug 19 827 männliche und 15 616 weibliche, zusammen 35 443. Davon sind wieder ausgeschieden durch Uebertritt in andere Verbände, durch Eintritt zum Heere und durch Tod zusammen 1205 männliche Mitglieder, während 639 gestrichen werden mußten und 1148 sich abmeldeten, zusammen 2787. Von den weiblichen Mitgliedern, die im Berichtsjahre neueintraten, sind durch Uebertritte in andere Verbände 46, durch Tod 54, zusammen 200 wieder ausgeschieden, während 1093 sich wieder abmeldeten und 2940 gestrichen werden mußten, zusammen 5033 Mitglieder dem Verbandsverbande wieder verloren gingen. Diese Zahlen geben Anlaß zum Nachdenken darüber, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, dieser Fluktuation begegnen zu können. Wir wissen wohl, daß ein erheblicher Teil der neu hinzugekommenen Mitglieder, von den Zeitereignissen aufgerüttelt, dem allgemeinen Zuge folgte, ohne die tiefere Notwendigkeit in vollem Umfange erfassen zu können. Jedoch will es uns scheinen, daß nicht überall die volle Kraft aufgeboren worden ist, um die schwankenden und unsicheren Elemente aufzuklären und zum Verbleiben im Verbandsverbande zu veranlassen. Das ist bedauerlich, zumal uns heute ganz andere Argumente für die Agitation zur Verfügung stehen, als in der Vorkriegszeit. Es sei in diesem Zusammenhange nur an die Tatsache erinnert, daß durch unsere Tarifvertragspolitik gerade die Interessen der Frauen in ganz besonderem Maße im Vergleich zu den Männern gewahrt wurden. Im Bericht selbst wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich in vielen Fällen die Streichungen aus der Mitgliederliste sich auf eine geringere Zahl hätten herabdrücken lassen, sofern die Zahlstellenverwaltungen mit größerem Eifer an der Erhaltung des Mitgliederbestandes gearbeitet hätten. Es wird im Bericht erwähnt, daß in vielen Fällen sich Mitglieder streichen ließen, um die Beitragsreste abschütteln zu können, und sich dann wieder neu anmelden. Hier heißt es, den Hebel ansetzen. Eine geordnete Beitragsklassierung ist das erste Erfordernis, um das Aufkaufen von Resten zu vermeiden. Sofern aber trotzdem ein oder mehrere Mitglieder in Beitragsreste geraten sind, soll sich die Verwaltung, in erster Linie der Kassierer, bemühen, den Restanten zur Nachzahlung der Reste zu bewegen, um ihm die durch bisherige Beitragsrückzahlung bereits erworbenen Rechte zu wahren.

Im Bericht ist ferner erwähnt, daß 242 Kollegen der Reichswehr beigetreten sind und aus diesem Grunde aus dem Verbandsverbande ausscheiden mußten. Wenn im Bericht selbst dazu bemerkt wird, daß dieses aus Sympathie für den Militarismus anscheinend geschehen sei, so möchten wir uns diesem Urteil nicht ohne weiteres anschließen. Wir wissen nicht, wie viele von den Kollegen, die wider zum „Kommis“ gegangen sind, durch Arbeitslosigkeit und Fehlen jeglicher Existenzmittel dazu bestimmt worden sind.

Unter den im Verlaufe des Berichtsjahres eingetretenen Mitgliedern befanden sich 2364 Kollegen, die aus dem Kriege bzw. aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten. Eine ganze Anzahl Heimgekehrter ist aber nicht wieder in den Verband zurückgekehrt. Ein Teil davon ist später als neue Mitglieder wieder in unsere Reihen gekommen.

Rund 50 Zahlstellen sind im Laufe des Berichtsjahres neu gegründet worden; davon sind 5 wieder aufgelöst worden, 2 infolge Vereinigung mit einer anderen Zahlstelle.

Ein sehr wichtiger Abschnitt im Bericht ist der Ausweis über die Finanzgebarung des Verbandes. Auch hier kann bemerkt werden, daß im großen und ganzen uns ein befriedigendes Ergebnis vorgelegt wird. An Eintrittsgeldern gingen ein 10 356,25 M., an Beiträgen für Verband und Zuschußklasse 1 136 810,80 M. Erlös für verkaufte Streikmarken 10 791,10 Mark. Die Gesamteinnahme — ohne den vorjährigen Kassenbestand — betrug 1 177 701,33 M. oder pro Kopf 33,01 M. Im vorhergehenden Jahre betrug die Einnahme pro Kopf nur 24,70 Mark. Dieser Einnahme steht eine Gesamtausgabe gegenüber von 807 995,93 M. oder pro Kopf 22,65 M. Im Vorjahre betrug die Ausgabe pro Kopf 22,40 M. An Unterstützungen wurden insgesamt gezahlt 188 693,82 M. oder 5,29 M. pro Kopf; davon entfielen auf Streikunterstützung rund 44 500 M., auf Krankenunterstützung rund 56 500 M., auf Arbeitslosenunterstützung rund 78 000 M. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Unterstützungsarten.

Eine bedeutende Steigerung haben die Ausgabeposten für Agitation und Verwaltung aufzuweisen. Unter „Agitation“ sind die Kosten für die Gaulösungen verbucht. Im Gau Thüringen stiegen die Ausgaben von 10 590 M. im Jahre 1918 auf 30 493 M.; im Gau Oberfranken und Oberpfalz von 6482 M. auf 13 028 M.; im Gau Schlesien und Sachsen von 6883 M. auf 13 992 M.

Die Verwaltungskosten betrugen insgesamt 313 739 M. gegen 55 571 M. im Jahre 1918. Davon entfielen auf die Verbandskasse 217 070 M., auf den 12 Proz.-Fonds der Zahlstellen 96 669 M. Um diese Steigerung in groben Umrissen erklärlich zu machen, sei bemerkt, daß die Entschädigungen an die Zahlstellenkassierer von 7919 M. im Jahre 1918 auf 46 314 M., die Ausgaben für Gehälter von 16 576 M. auf 40 646 M., für Schreibhilfen von 3953 M. auf 26 080 M. gestiegen sind. Für Porto mußten 3041 M. (im Vorjahre 873 M.) aufgewandt werden, wobei die Portokosten für den Versand der „Ameise“ nicht inbegriffen sind, die allein 6160 M. beanspruchten.

Die Druckkosten der „Ameise“ stiegen von 22 783 M. im Jahre 1918 auf 100 833 M. Die Kosten für Postmaterial (zum Versand der „Ameise“) stiegen von 120 M. auf 1427 M. Die Kosten für Heizung und Beleuchtung des Verbandsbureaus stiegen von 249 M. auf 1220 M. Im selben Verhältnis sind alle Ausgabeposten angeschwollen. Die ganze Misere unserer gegenwärtigen Verhältnisse kommt auch in diesen Zahlen zum Ausdruck. Die Eingänge von Postsendungen im Kassenressort haben eine Steigerung von 6244, die Ausgänge um 6574 erfahren. Der Bericht be-

merkt hierzu mit Recht, daß diese beträchtliche Mehrleistung jedem Kollegen begreiflich machen wird, daß ohne Zuhilfenahme von Schreibhilfen diese Arbeiten gar nicht bewältigt werden konnten.

Das Verbandsvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1918 301 246 M. und stieg bis zum Schluß des Berichtsjahres auf 670 824 M. oder pro Kopf 18,80 M. Die Vermögenszunahme ist, wie der Bericht vermerkt, erfreulich, zumal im Berichtsjahre eine Erhöhung der Beiträge noch nicht erfolgte. Der Bericht weist aber auch darauf hin, daß diese Zahlen nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen dürfen. Abgesehen davon, daß alle Ausgabeposten im laufenden Jahre eine weitere und bedeutendere Steigerung erfahren haben, sind auch die Unterstützungen erhöht worden. So betrug die Streikunterstützung pro Kopf und Woche im Berichtsjahre 16 M., während heute 77,70 M. gezahlt werden. Das Vermögen pro Kopf ist gesunken, und zwar ganz bedeutend.

Jahre 1917 betrug es 57,65 M., 1918 nur noch 34,98 M., 1919 nur noch, wie bereits bemerkt, 18,80 M. Wenn auch hierbei in Betracht gezogen werden muß, daß im Jahre 1917 das Vermögen pro Kopf um deswillen — wenigstens zum Teil — so hoch war, weil die Mitgliederzahl infolge der Einziehungen zum Heere stark gesunken war, so kann aber doch gesagt werden, daß nicht nur eine relative, sondern auch eine absolute Verminderung des Verbandsvermögens, pro Kopf berechnet, eingetreten ist. Wenn man dann noch Vergleiche anstellen will, welchen Wert das heutige Vermögen besitzt, wenn man es am Friedensstand messen will, dann wird das Bild noch ungünstiger.

Alles in allem kann gesagt werden, daß uns vor allen Dingen der erreichte Mitgliederstand mit Freude erfüllen muß. Inzwischen ist die Mitgliederzahl weiter gestiegen, so daß wir wohl annähernd an die 55 000 zu verzeichnen haben werden. Das ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß der Gewerkschaftsgedanke in den Herzen und Hirnen unserer Berufsgenossen sich heute einen achtunggebietenden Platz erobert hat. Damit ist die beste Gewähr gegeben, daß auch unser Verband mit voller Kraft an der Erfüllung seiner Aufgaben arbeiten kann.

Wenn es auch unter uns Kollegen gibt, die meinen, daß die Zeit gekommen ist, wo die Gewerkschaften die Grundursache alles wirtschaftlichen Elends, die kapitalistische Wirtschaftsweise, mit einem Schlage beseitigen könne, während andere der Meinung sind, daß wir noch nicht so nahe am Ziele anlangten, so wird doch an der Tatsache nichts geändert, daß es eben vorwärts geht. Alle Kräfte vereinigen, um das bestmögliche Ziel zu erreichen, das muß uns dauernd anspornen sein. Unser Klassenbericht für das Jahr 1919 zeigt uns aber auch, daß es noch viel zu tun gibt, um die zu uns gestohene Kämpferschar dauernd an unsere Fahnen zu fesseln, aus diesen überzeugte Kämpfer zu machen, die auch in ernstesten Stunden standhalten und ihren Platz nicht verlassen, mag kommen, was will. Die Zeiten sind bitter ernst. Alle Zeichen deuten auf Sturm. Die Bedingungen, unter denen das lohnarbeitende Proletariat heute zu leben gezwungen ist, werden immer härter und drückender. Die Ernährungsschwierigkeiten wachsen riesenhaft. Auf der anderen Seite läßt man die Dinge ihren Gang gehen und sorgt nicht in genügendem Maße vor. Die Reaktion wird immer dreister und verkündet immer öfter, bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, daß die Errungenschaften der Arbeiter — Achtstundentag usw. — wieder beseitigt werden sollen. In den jüngsten Tagen ist das erst wieder auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei vor aller Welt verkündet worden.

Wir haben keinen Anlaß, deshalb verzagt in die Zukunft zu blicken. Sofern die Arbeiter im allgemeinen und unsere Kollegen im besonderen ihre Gewerkschaften intakt erhalten und weiter stärken, dann werden die Pläne der Arbeiterfeinde nicht in Erfüllung gehen. Im Gegenteil, das bisher Erreichte kann nur als eine Etappe auf dem Wege zum Ziele angesehen werden. Die Sozialisierung unserer gesamten Wirtschaft ist das dringendste Erfordernis. Selbst in den Kreisen unserer wirtschaftlichen und politischen Gegner beginnt die Erkenntnis Platz zu greifen, daß weitgehende Änderungen in unserer gesamten Wirtschaftsstruktur sich nicht mehr vermeiden lassen. Jeder ernsthafte Volkswirtschaftler, jeder ernsthafte Arbeiter weiß, daß das arbeitende Volk nicht mehr gewillt ist, zum Vorteil einiger weniger Personen, sondern zum Nutzen der Allgemeinheit, des Volksganzen, zu arbeiten und Rechte zu fordern. Eine Sozialisierung unserer Wirtschaft ohne die Gewerkschaften, ohne die Mitwirkung der gewerkschaftlich gebildeten und organisierten Arbeiterschaft ist aber ein Unding. Deshalb auch, weil die Sozialisierung ernst ist, und der will, daß diese ernsthaft zu verwirklichen gesucht wird, in erster Linie dahin wirken, daß die Gewerkschaften keinen Rückschlag erleiden. Es darf in den kleineren Betrieben keine Arbeiterin, keinen Arbeiter mehr geben, der nicht gewerkschaftlich organisiert ist.

Zweiter Internationaler Gewerkschaftskongress

I.

In der Woche vom 22. bis 27. November 1920 tagte in London der zweite Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nachdem schon im August 1919 eine Konferenz die durch den Krieg zerstörten Verbindungen wiederhergestellt hatte. Diese außerordentliche Tagung galt der Behandlung einiger besonders aktueller und dringender Fragen, wie die Tagesordnung zeigt:

1. Stellungnahme der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur internationalen Lage.
2. Sozialisierung der Produktionsmittel.
3. Verteilung der Rohstoffe für Industriezwecke.
4. Die Valutafrage.
5. Bericht der Kommission über die Lage im Ruhrgebiet.

Gleich zu Beginn des Kongresses wurde mitgeteilt, daß der im letzten Jahre gewählte Präsident des I. G. B., der Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsbundes Appleton, von seinem Posten zurückgetreten sei. Zugleich erschien in der Presse seine Begründung, aus der hervorgeht, daß der Gegensatz zwischen seinen altkonservativen Ansichten und denen der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes immer größer geworden ist und daß Appleton auch vom Parlamentarischen Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses immer mehr desabonniert wurde. Am meisten wurden seine alten Freunde überrascht, als Gompers kürzlich in Amerika aus innerpolitischen Gründen seinen Briefwechsel mit Appleton veröffentlichte. Aus diesem geht hervor, daß Appleton vollständig nach der Pfeife Gompers tanzte und besonders entrüstet war über die revolutionäre und sozialistische Haltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. So fiel Appletons Rücktritt auch zeitlich zusammen mit heftigen Presseangriffen von Gompers auf den Internationalen Gewerkschaftsbund und der Erklärung, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich nicht als angeschlossen betrachten.

Dem Kongress wohnten folgende Delegationen bei:

	Mitglieder	Delegierte
England: Part. Komitee des Gewerkschaftskongresses	6 500 000	7
Gewerkschaftsbund	1 500 000	8
Deutschland: Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund	8 500 000	12
Frankreich: Confédération Générale du Travail	1 500 000	13
Belgien: Gewerkschaftsbund	700 000	9
Dänemark: Gewerkschaftsbund	300 000	5
Norwegen: Gewerkschaftsbund	150 000	5
Schweden: Gewerkschaftsbund	281 000	4
Holland: Nederlandsche Verbond van Vakverenigingen	240 000	8
Italien: Confederazione Generale del Lavoro	2 300 000	5
Österreich: Gewerkschaftskommission	800 000	3
Tschechoslowakei: Gewerkschaftskommission	750 000	5
Ungarn: Gewerkschaftsrat	215 000	2
Schweiz: Gewerkschaftsbund	225 000	1
Luxemburg: Gewerkschaftskommission	27 000	2
Spanien: Gewerkschaftsbund	250 000	2
Polen: Zentralkommission der Gewerkschaften	834 000	3
Polnischer Gewerkschaftsbund	774 000	6
Canada: Gewerkschaftskongress	260 000	1

Souhaire (Frankreich), der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eröffnete den Kongress mit einem warmen Appell für internationale Verständigung und für den Sozialismus. In herkömmlicher Weise wurde dann der Vorsitz des Kongresses der englischen Delegation abgetreten, die den bekannten Abgeordneten und Führer der Eisenbahner J. G. Thomas vorschlug, der in einer längeren Ansprache die Ziele der internationalen Arbeiterbewegung, Beseitigung des Militarismus und des kapitalistischen Systems betonte und zugleich energisch die Angriffe der Moskauer Internationale zurückwies.

Auf eine Anfrage wegen des Ausscheidens der Amerikaner teilte Gompers mit, daß die Beziehungen zu der Organisation Gompers seit dem letzten Kongress die denkbar schlechtesten gewesen seien; auf über 30 Briefe, zum Teil äußerst wichtigen Inhalts, seien nur in vier Fällen nichtsagende Antworten eingelaufen. Die Absicht Gompers, diesen Kongress nicht zu beschicken, kenne man aus der Tagespresse, welche die Angriffe Gompers auf den Internationalen Gewerkschaftsbund verbreitete.

Die Sitzung am zweiten Tage war dem Berichte des Sekretärs Gompers über die internationale Lage gewidmet. Gompers zeigte an der Hand von Beispielen aus allen Ländern, wie die bürgerlichen Klassen, die für eine sehr kurze Zeit nach dem Kriege überall zu großen Konzessionen an die Arbeiterschaft bereit waren, jetzt wieder die ärgste Reaktion auf den Schild erheben. Das schlaueste Beispiel ist wohl Ungarn, wo seit 15 Monaten ein beispielloser weißer Terror herrscht, wo die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation ohne Prozeß zu Verhaftung, Marterung und

Tod führt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat versucht, die ungarischen Verhältnisse durch einen allgemeinen Boykott zu bessern, der zugleich auf die Entente-Regierungen einwirken sollte, weil diese die ungarische Gewaltherrschaft durch ihr Stillschweigen gutheissen. Leider war der Erfolg dieses ersten Versuches nicht ausreichend, denn es wird in Ungarn weiter geschändet und gemordet. In Finnland, wo die Bourgeoisie für die Erhebung der Arbeiter blutige Rache genommen hat, sind die Verhältnisse nicht viel besser. Es handelt sich hier um Länder, in denen das Proletariat seine eigene Kraft überschätzte und dadurch den Rückschlägen durch die bürgerliche Klasse nicht gewachsen war.

Auch in Spanien ist die Arbeiterklasse in verzweifelter Lage. Die bürgerlichen Freiheiten sind aufgehoben, und die Arbeiter sitzen zu Hunderten im Kerker. In Griechenland und Jugoslawien sieht es ähnlich aus. Auch dort ist die Ausrottung der Arbeiterbewegung das Ziel der Reaktion.

Nur in denjenigen westlichen Ländern, wo die Organisation der Arbeiter stärker ist, kann man von etwas besseren Verhältnissen sprechen. Aber sogar in Frankreich ging die Regierung nach dem letzten Streik der Eisenbahner gegen die Beteiligten in der allerrücksichtslosesten Weise vor. Zurzeit stehen Jouhaux und seine Kollegen im Bundesvorstand der französischen Gewerkschaften unter Anklage, weil sie eine Organisation von Staatsbeamten in den Gewerkschaftsbund aufgenommen haben. Die englische Regierung ließ sich kürzlich wenigstens theoretisch die Macht geben, bei Streiks die Führer zu verhaften und andere jeden Streik unmöglich machende Maßregeln zu ergreifen. In Amerika stand die Regierung bei den großen Kämpfen der Eisenbahner und Metallarbeiter ähnlich auf der Seite der Unternehmer. Es ist dort sogar wiederholt vorgekommen, daß die Parlamentsmehrheit rechtmäßig gewählte Abgeordnete, die als Arbeitervertreter aufgestellt waren, einfach zur Mitarbeit nicht zugelassen und ihnen ihre Mandate aberkannt hat. Das alles zeigt, wie rücksichtslos der Kapitalismus seine Vorrechte verteidigt. Ein Musterbeispiel dafür ist der Achttundentag. Im vorigen Jahre wurde in Washington der Anfang gemacht mit einer internationalen Arbeiterschutzeschgebung. Man nahm auch eine Konvention über den 8-Stundentag an, aber auch sie ist bis heute von den Regierungen nicht in die Tat umgesetzt, nicht ratifiziert worden, so daß der Direktor des Internationalen Amtes gezwungen ist, eine Rundreise durch Europa zu machen, um die Regierungen an die Durchführung jener Abmachungen zu erinnern. Nicht einmal in den Ländern ist bisher die Ratifizierung erfolgt, in denen die Arbeiter den Achttundentag auf dem Wege der gewerkschaftlichen Aktion schon durchgeführt haben. Dagegen mehren sich die Versuche der Unternehmer, die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Daraus geht hervor, daß die Konventionen in Washington größtenteils infolge der damaligen Furcht der herrschenden Kreise vor der Arbeiterklasse zustande kamen. Diese Furcht hat inzwischen einer allgemeinen Reaktion Platz gemacht. Vielfach sogar organisiert man jetzt halbamtliche Streikbrecherorganisationen mit Hilfe der Studenten und ehemaligen Offiziere.

Wie muß unsere Haltung unter diesen Umständen sein? Es ist erfreulich, daß die Arbeiter sich nach dem Kriege so rasch wieder gefunden haben. Im März 1919, vier Monate nach dem Waffenstillstand, traten die Transportarbeiter schon wieder zu einer internationalen Konferenz zusammen, um zu erklären, daß unter den Arbeitern aller Länder eine Kluft nicht besteht, daß sie gemeinsam für Freiheit und Sozialismus arbeiten wollen. Seit her haben eine Reihe von internationalen Berufskonferenzen stattgefunden, im August 1919 auch die erste allgemeine Konferenz der Gewerkschaften aller Länder, die unseren Internationalen Gewerkschaftsbund stärker denn je wieder aufgebaut hat. Schon damals hat die gewerkschaftliche Internationale ihren Protest gegen die Blockade Rußlands eingelegt und sich für die Sozialisierung aller Produktionsmittel ausgesprochen.

Die Entwicklung bedingt eine erhebliche Erweiterung unserer Aufgaben. Wir können uns nicht mehr auf die Fragen der Löhne, Arbeitszeit und Arbeiterschutz beschränken. Früher war alles andere den politischen Parteien überlassen. In allen Ländern hat die Erfahrung während des Krieges gezeigt, daß alles, was die Lage der Arbeiter zu beeinflussen vermöchte, in den Bereich der gewerkschaftlichen Tätigkeit gezogen werden muß. Diese in Amsterdam im letzten Jahre angenommenen Grundsätze haben wir bald zu verwirklichen versucht, wie der Boykott gegen Ungarn, die Aktion gegen jede Waffendurchfuhr nach Polen oder Rußland zeigen. In Dänemark haben die Gewerkschaften zu Beginn des Jahres durch die Androhung eines Generalstreiks die Verfassung des Landes gerettet. Nur die deutschen Gewerkschaften retteten ihre Republik durch den Generalstreik im März. Diese durchaus politische Tätigkeit der Gewerkschaften zeigt das Anwachsen neuer Tendenzen in der Arbeiterbewegung aller Länder, die wir fördern,

vereinigen müssen in unserem Kampfe gegen die Reaktion und für eine neue Gesellschaftsform. Sehen wir doch immer mehr, wie wenig Wert alle unsere Errungenschaften haben, solange die kapitalistische Klasse die Möglichkeit behält, neue Kriege zu entfesseln und alles bis dahin Erreichte wieder zu vernichten. Daher ist die erste und wichtigste Aufgabe die Bekämpfung des Militarismus. Bei allem jedoch sollten wir die eigene Kraft nicht überschätzen und bedenken, daß unsere 24 Millionen Mitglieder erst noch dazu erzogen werden müssen, bereitwillig alle die Opfer zu bringen, die vielleicht noch nötig sein werden. Der wahre Geist internationaler Solidarität besteht noch nicht überall, wie das Fernbleiben der Amerikaner und der Russen von diesem Kongresse zeigt. Ihre Mitarbeit würde unsere Internationale unendlich viel stärker machen. Mit Rußland haben wir seit Kriegsende Verbindungen anzuknüpfen versucht, aber alle unsere Briefe und Telegramme sind ohne Antwort geblieben. Nur durch die Presse erfahren wir die unsinnigen Behauptungen und Angriffe der Russen gegen uns. Danach sind wir an das Kapital verkauft, gelb, Sozialpatrioten u. dgl. Dabei ist unsere Organisation die einzige, welche auch den russischen Arbeitern praktische Solidarität bewiesen hat. Keine bolschewistische Organisation hat das bisher getan. Wir „Gelben“ und „Sozialpatrioten“ haben sicher dazu beigetragen, Rußland zu einem Frieden mit Polen zu verhelfen. Das Fernbleiben der Gewerkschaften im fernsten Westen und Osten ist um so bedauerlicher, als es nur der Unkenntnis der Dinge entspringt.

Gewiß muß der Kampf um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit fortgesetzt werden, aber wir dürfen dabei nicht vergessen, daß dies nicht die Hauptsache ist. Vielmehr muß die Energie der Arbeiter, statt in Teilkaktionen zersplittert zu bleiben, immer mehr für die großen Kämpfe gesammelt werden. Dazu sollten besonders die internationalen Berufsfunktionäre beitragen. (Starker Beifall.)

Simmen unterbreitete dann drei Anträge, betreffend 1. die internationale Lage, 2. den Achttundentag und 3. den Pazifismus.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Amerikanische Wirtschaftspläne. — **Russische kapitalistische Interessenpolitik.** — **Ausländisches Finanzkapital.** — **Preistreiber bei deutschen Unternehmungen.**

An den Sieg der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten sind in Deutschland vielfach Hoffnungen geknüpft, die man mit großer Vorsicht bewerten muß. Es ist möglich, daß unter dem Einfluß der gegenwärtigen Krise in Amerika und bei dem starken Einfluß, den die großen Wirtschaftsinteressengruppen auf die republikanische Partei ausüben, eine nicht ungünstige Wendung für die deutschen Beziehungen eintreten kann. Zu beachten ist aber, daß erst im März nächsten Jahres die neue Parteikonstellation im Repräsentantenhaus zur Geltung kommt, bis dahin bleibt noch die demokratische Partei am Ruder.

Die republikanische Partei hat eine starke Strömung extremer Schutzzöllner in ihrer Mitte, die jetzt schon alles einsehen, um eine Erhöhung des Schutzzolltarifs zu betreiben. Das wäre nun für den deutschen Handel keine erfreuliche Aussicht. Allerdings sind die Interessen der Industrie vielfach entgegengesetzt. Die Textilindustrie wendet sich sehr gegen die weitere Abspernung oder Erschwerung der Einfuhr von deutschen Farbstoffen, weil trotz aller Bemühungen die aufgekommene Farbenindustrie in Amerika die Güte der deutschen Fabrikate nicht erreicht. Uebrigens eine gleiche Erscheinung, die auch in England zu beobachten ist. Dagegen will die amerikanische Textilindustrie sich gegen die Konkurrenz deutscher Weberei durch einen erhöhten Zoll absperren, denn die Weberei wie die Spinnerei hat während des Krieges einen starken Aufschwung erfahren. Natürlich ist der Absatz der Baumwollproduktion auf dem amerikanischen Markt allein nicht möglich; die gute Ernte in diesem Jahr hat die Bestände so vermehrt, daß von einer Absatzkrise gesprochen werden kann. Infolgedessen sind die Preise für Rohbaumwolle vom Höchststand auf die Hälfte herabgesunken. Auf dem Wollmarkt liegen die Verhältnisse ähnlich.

Deutschland fehlt als der große Abnehmer. In den Kriegsjahren hat der erhöhte Verbrauch in den Entente-Staaten einen leidlichen Ausgleich geschaffen, der nunmehr in diesem Umfange in Fortfall kommt. Die Baumwollpflanzer der Südstaaten und mit ihnen die Interessenten im Wollhandel drängen darauf, für das Absatzgebiet Erleichterung zu schaffen. Sie sehen ein, daß die Aufnahmefähigkeit des Marktes bei dem ungünstigen Stand der Valuta vorläufig eine beschränkte sein muß und gehen deshalb darauf hinaus, durch Kreditverleihen den Absatz zu begünstigen. Diese Kreditverleihen soll aufgebaut werden auf der

Freigabe der deutschen Guthaben, die während des Krieges beschlagnahmt wurden und für die in Form von Bons schon jetzt eine Realisierung für den deutschen Handel empfohlen wird.

Es sind das allerdings Projekte, für die noch keine Sicherheit besteht und von denen man nicht sagen kann, ob denn die Kreditgewährung so aufgezo-gen wird, daß die deutsche Textilindustrie zu einem günstigen einheimischen Marktpreise die Ware erhält. Das aber wäre das Entscheidende. Unsere Textilindustrie könnte bei einer erheblichen Preissenkung ihrer Fabrikate einen großen Absatz im Inlande finden und damit wäre der deutschen Volkswirtschaft ein wertvoller Dienst geleistet. Aber die Textilindustrie wird immer darauf bedacht sein müssen, auch einen Teil ihrer Fabrikate nach dem Ausland abzugeben, um in dieser Form die Verpflichtungen für die eingeführten Rohstoffe abzudecken, das heißt zugunsten unserer Zahlungsbilanz die Belastung in der Rohstoffeinfuhr zu mildern. Die Vorgänge zeigen, wie stark wir von dem kapitalistischen Getriebe des Auslandes in unserer Warenproduktion abhängig sind und wie im System der kapitalistischen Wirtschaft der Ueberfluß an Ware es nicht hindert, daß der dringendste Bedarf nicht befriedigt werden kann. Dort ein Ueberfluß an Wolle und Baumwolle, hier eine Bevölkerung, unter der die Kinderbemittelten kaum imstande sind, ihre Blößen zu bedecken.

Wie wenig sich aus dem Rahmen der Weltwirtschaft eine Nation herausheben kann, dafür bietet das beste Beispiel die Sowjetregierung in Rußland, die trotz aller kapitalistischen Abneigung und dem Bemühen, das kapitalistische System mit Stumpf und Stiel auszurotten, gegenwärtig den ausländischen Kapitalisten Konzessionen auf den russischen Besitz an Erzen, Kohlen und anderen wertvollen Naturgütern offeriert, mit der Zusicherung, daß in diesen Betrieben die Sozialisierung nicht betrieben wird. Die russische Volkswirtschaft bedarf zu ihrer Auffrischung des ausländischen Kapitals, sie kann sich nicht loslösen von der Weltwirtschaft, die unter kapitalistischer Herrschaft ihre eigenen Wege geht. Leider kommen auch wir in Deutschland bei der Schwäche unserer Wirtschaftskonstellation nicht ohne Unterfrischung ausländischen Kapitals aus, wobei allerdings mehr als uns zuträglich ist, das Eindringen des ausländischen Kapitals sich vollzieht und wir in eine harte Schuldknechtschaft zum Ausland gelangen. Ein Zustand, der deshalb noch erträglich ist, weil wir annehmen können, daß damit auch das Interesse im Ausland wächst, daß unsere Volkswirtschaft wieder aufkommt. Bedenklicher ist das Eindringen des ausländischen Finanzkapitals. Der Aufkauf einer deutschen Bank in Koblenz von amerikanischen Finanziers hat ein berechtigtes Aufsehen erregt, zumal das Unternehmen, wie berichtet wird, das Aktienkapital von 1,8 Millionen Mark auf 50 Millionen sofort hinausbringen will. Die Verlegung der Bank nach Köln läßt vermuten, daß man an dieser Zentralstelle des besetzten Gebietes den Geschäftsverkehr des Unternehmens konzentrieren will und es ist naheliegend, daß ein solches Unternehmen zur Kapitalverschiebung nach dem Ausland sehr leicht benutzt werden kann. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß die ausländischen Bankfilialen im besetzten Gebiet wie Pilze aus der Erde emporwuchern und im Hinblick darauf ein Unternehmen, das nicht ganz ohne deutschen Einfluß geleitet wird, noch den Vorzug verdient.

Die Schäden des gegenwärtigen Wirtschaftsgetriebes treten auch recht kraß wieder zutage durch den überraschend glänzenden Geschäftsabluß des Baroper Walzwerkes. Das Unternehmen kommt zu einer Dividendenverteilung von 50 Proz., gegenüber 6 Proz. im Vorjahre. Der Abluß hat die Gesellschaft veranlaßt, das Aktienkapital um 9 Millionen zu erhöhen; es erhält jeder Aktionär auf zwei Aktien drei neue zum Kurse von 100.

Ganz offensichtlich betreibt man damit eine Verwässerung des Aktienkapitals, um die Gewinnquote im nächsten Geschäftsabluß geringer erscheinen zu lassen. Zu berücksichtigen ist bei der Bewertung des Geschäftsabchlusses, daß schon im verfloffenen Geschäftsjahr das Aktienkapital von 3 auf 6 Millionen Mark erhöht wurde und diese jungen Aktien bereits an Dividendenausüttung teilnahmen.

Das Unternehmen steht im Umbruche her, und die Blechwalzwerke unterliegen leider nicht den Preisbestimmungen des Eisenwirtschaftsbundes. Es kommt deshalb die Marktlage rücksichtslos ausgenutzt werden, es geht dahin, daß für ihr Produkt der gewinnreiche Abluß des Unternehmens, dessen Aktien an der Börse bis auf 100 Prozent stiegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hohen Preise, die dem Unternehmen zunutze kommen, und volkswirtschaftlich einen nicht unerheblichen Schaden zufügt. Wie sollen wir zu einer Preislenkung kommen, wenn in so gewinnloser Weise für die verarbeitende Industrie die Preistreiberi betrieben wird und leider auch die Industrie der Fertigzeugnisse ihre nicht gering bemessenen Gewinne einheimst? Die

beste Empfehlung für die Sozialisierung. Das Ergebnis des Baroper Walzwerkes ist keineswegs vereinzelt. Die Schokoladenfabrik Sarotti verteilt eine Dividende von 20 Proz. und gewährt außerdem einen Bonus von 20 Proz., dem noch für Wohlfahrtspflege 20 Proz. hinzugefügt sind. Also in diesen drei Posten allein ein Reingewinn von 60 Proz. Auf anderen Gebieten der Nahrungsmittelindustrie desgleichen nie gekannte vorteilhafte Abschlüsse. Die Zuckerraffinerien kommen fast überall mit vermehrten Gewinnen gegen das Vorjahr heraus und sie werden noch besser abschließen, wenn ihnen erst der freie Markt die Preistreiberi unkontrolliert offen stellt. Unter solchen Umständen muß die Preislenkung immer aussichtsloser erscheinen, denn der wilde Wettlauf um die Ausnutzung der Konjunktur kennt keine Grenzen.

Ist der Staatsbetrieb sozialisiert?

In dem Kampf um die Sozialisierung unserer Wirtschaft, in der die Sozialisten die Rettung vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erblicken, spielt der Staatsbetrieb und seine wirtschaftlichen Erfolge für die Gegner eine entscheidend wichtige Rolle. Staatsbetriebe als auch kommunale Betriebe gehören der Gesellschaft, der Allgemeinheit, stellen also zweifellos vergesellschaftete Produktionsmittel dar. Sie verdanken ihre Entstehung dem Merkantilismus, jener Entwicklungsperiode, in der der Staat, der Geld für die Söldnertruppen brauchte, selbst dazu überging, Industrien zu schaffen, um Einnahmequellen zu eröffnen. Nicht Unternehmer, sondern Beamte des Staates haben diese Betriebe errichtet. Aus dem Mißtrauen gegen die Beamten, in denen früher selbst preußische Könige in hohem Grade Betrüger sahen, wurde ein Kontrollapparat in den Verwaltungen geschaffen, der eine Behörde über die andere baute, um jeden Pfennig erst durch eine Kette von Händen und Dienststellen laufen zu lassen. Das ist bis heute so geblieben, die alten Hilfsmittel, die kameralistische Buchführung, besteht auch heute noch nach zweihundertjähriger Dienstzeit, trotzdem in der Technik der Verwaltung in den freien Unternehmungen sich ungeheuer viel gewandelt hat.

Die Staatsbetriebe der Gegenwart beherbergen heute noch teilweise die bezopferten Beamten des alten Regimes, in einer Zeit, in der neben ihnen Millionen Unternehmungen entstanden sind, die erfüllt von dem Geist der modernen Technik, der von der Wissenschaft durchgearbeiteten Arbeitsmethoden und geleitet von Männern, die im Kampf gestanden haben, sowohl in zahlreichen Privatbetrieben, in denen sie gesehen und gelernt haben, als auch im Ausland, in der Weltwirtschaft. Die Staatsbetriebe haben mit den Fortschritten der Zeit nicht Schritt gehalten, sie arbeiten heute noch mit zu geringem Wirkungsgrad, weil der Verwaltungsapparat zu schwerfällig und damit zu teuer ist. Alle Versuche, sie zu reorganisieren, sind in der Tat bisher fehlgeschlagen. Worin liegen die Ursachen dieser Erscheinung?

Die weitgehende Existenzsicherung, die vor allem dem Beamten, zum Teil auch den Arbeitern gewährt wird, befreit sie von dem Zwang, ihre Kraft im Kampf gegen den Konkurrenten ständig stählen zu müssen. Die vorwärts treibenden Persönlichkeiten zerschellen ihre Kraft an dem Widerstand der Kollegen oder Übergeordneten. Der Bureaufkrat tut seine Pflicht, mehr tut er nicht, denn er hat ja sehr oft nichts davon, höchstens den Haß seiner Kollegen, Vorgesetzten oder Untergebenen. Der Betrieb, den er stützen, den er vorwärtsbringen möchte, vermag ihn nicht zu schützen, das soll nur der große Vater Staat tun, und der ist so weit entfernt, daß er ja gar nicht jeden tüchtigen Beamten und Arbeiter kennen kann. Vor allem bezahlt der Staat seine Beamten nicht nach Leistung und Tüchtigkeit, wie es die private Unternehmung tun kann.

Wenn wir so analysieren, dann erkennen wir deutlich, daß zwar der Staatsbetrieb ein vergesellschafteter Betrieb ist, bei dem privatkapitalistische Profite nicht erstrebt werden, daß ihm aber doch ein wesentliches Moment fehlt, der ihn erst zu einem sozialistischen Betrieb macht. Dieses Moment ist die Mitarbeit der Arbeiter und der Beamten, die ihnen ein Maß von Verantwortung am Betrieb mit auferlegt. Vater Staat ist zu weit, seine Sorge um den einzelnen Betrieb wirkt sich aus allein in papiernen Vorschriften in riesiger Zahl. Deshalb muß für den einzelnen Betrieb ein neuer Kurator entstehen, der ihn väterlich, ja mit gepanzerten Fäusten schützen und auch vorwärtsbringen kann: das ist eine erhöhte Selbstverwaltung.

Aber auch diese birgt große Gefahren, in ihr können erfahrungsgemäß Parteien gegeneinander ohne Rücksicht auf das Wohl des Betriebes ihre Kämpfe ausfechten, so daß er in Gefahr gerät. So braucht dann der sozialisierte, auf Selbstverwaltung aufgebaute Betrieb also noch einen über Parteien, über Neid, Mißgunst und Betterschaft stehenden Präsidenten, gewissermaßen

den sozialisierten Unternehmer, dem das Wohl und Wehe des Betriebes anvertraut wird.

Der sozialisierte Betrieb soll alle technischen und wirtschaftlichen Vorzüge des Unternehmerbetriebes, die dem Staatsbetrieb bisher fehlen, in sich aufnehmen. Im Unternehmerbetrieb besteht vor allem ein persönliches, äußerst starkes Interesse am „Betrieb“ als der Quelle des Profits. Das, was im Betrieb steht, ist das Vermögen, ist die Sparkasse des Unternehmers, während Beamte und Arbeiter der Staatsbetriebe ihre Ersparnisse oder Vermögen außerhalb des Betriebes anlegen und sicherstellen. Nur der große Vater Staat, die große Allgemeinheit hat an dem Betrieb als Vermögensobjekt, als Produktionsmittel ein Interesse. Also braucht der „sozialisierte“ Staatsbetrieb gewissermaßen den sozialisierten Unternehmer, jene mit dem Gelingen und mit der größten Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Betriebes völlig verwachsene Persönlichkeit. Der sozialisierte Betrieb darf nicht die Ruhe sein, die die Arbeiter und Beamten nützen und die Allgemeinheit zu füttern hat. Im sozialisierten Betrieb muß jeder für sich und für die Gesellschaft arbeiten, nicht aus Zwang, sondern aus freiem Antrieb und Interesse. Wenn die Arbeiterchaft den Staatsbetrieb nicht als sozialisierten Betrieb anerkennt, dann muß für den „sozialisierten“ Staatsbetrieb erst einmal die Form gefunden und praktisch auf ihre Brauchbarkeit erprobt werden. Das aber ist eine entscheidend wichtige Aufgabe, die baldigst gelöst werden muß, wenn überhaupt die Sozialisierung unserer Wirtschaft in Gang kommen, wenn die Sozialisierung ein Erfolg, eine vollkommenere Wirtschaftsform werden soll.

(„Betriebsrätezeitung“.)

Aus unserem Verufe.

Der Streik der Schildermaler Groß-Berlins ist in der 10. Streikwoche mit Erfolg für uns beendet worden. Zwischen dem Verein Berliner Schilderfabrikanten und dem Verband der Porzellan-Arbeiter Deutschlands, Abteilung Schildermaler, ist mit Wirkung vom 6. Dezember 1920 ab folgender Tarifvertrag abgeschlossen worden:

Der Stundenlohn für Schriftmaler beträgt 6,50 M. Für ausgelernte Schriftmaler bis zu einem Jahre nach Beendigung der Lehrzeit ist ein Stundenlohn von 5 M. zu zahlen. Für die Zeit vom 2. August bis 30. September 1920 wird für die geleistete Arbeitsstunde 25 Pf. nachgezahlt, und zwar in drei aufeinanderfolgenden Lohnzahlungen. Dasselbe gilt für die in der genannten Zeit geleisteten Außen- und Giebelarbeiten, gemäß §§ 6 und 7 dieses Vertrages.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46½ Stunde; Sonnabends 5¼ Stunde. Arbeitszeit wie bisher.

Ueberstunden sind zu vermeiden. In dringenden Fällen befrägt der Zuschlag 25 Proz.: Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent; Außenarbeit 15 Proz. Arbeiten in einer anderen Werk-
statt (Maler- oder Lackierwerkstatt) gelten nicht als Außenarbeit. Für Giebelarbeiten wird ein Zuschlag von 25 Proz. bezahlt. Unter Giebelarbeiten fallen auch Arbeiten an Fronten über dem 2. Stod.

Urlaub wie bisher; desgleichen der Paragraph über Schlichtung von Streitigkeiten im Betriebe.

Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben bleiben bestehen.

Anerkennung des Arbeitsnachweises wie bisher.

Der Tarifvertrag gilt vom 6. Dezember 1920 bis zum 30. April 1921 und verlängert sich stets um einen Monat, wenn er nicht einen Monat vor Ablauf des Vertrages schriftlich gekündigt wird. Die Wiedereinstellung der streikenden Schriftmaler erfolgt nach Maßgabe der vorliegenden Arbeit und der freien Arbeitsplätze; Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

Berlin, den 2. Dezember 1920.

**Verein Berliner
Schilderfabrikanten.**

Berlin-Charlottenburg. Eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der streitenden Schildermaler findet am Sonntag, den 19. Dezember, im „Dresdener Gesellschaftshaus“, Dresdenerstr. 116, statt. Unter Abwicklung eines interessanten Programms soll den Kindern der Schildermaler, die den 10wöchigen Streik durchgemacht haben, ein Gabentisch bereitet werden. Wir wollen nicht, daß die Kinderseelen schon leidet unter dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Wir wollen ihren Kindergedanken den furchtbaren Ernst unserer Lage nach Möglichkeit noch fernhalten. In späteren Tagen werden die Kinder auch erfahren, was gewesen ist. Vielleicht werden sie dann ihrem Vater sagen: „Deine Kollegen sind freundliche Menschen; die schöne Weihnachtsfeier bleibt uns unbergesslich!“ Zu Stolz wird jeder Schildermaler, dessen Kinder einen Weihnachtstisch gedeckt bekommen, sich dessen auch ferner erinnern, und mit Stolz derer gedenken, deren solidarisches Empfin-

den und Handeln erst ermöglichte, diesen Weihnachtsabend zu veranstalten.

Das zur Erledigung der Vorarbeiten eingesetzte Festkomitee hat seine Arbeiten noch nicht beendet. Die Werbetätigkeit ist noch in vollem Gange. Täglich laufen noch neue Spenden ein. Die Sammelstelle dafür ist unser Bureau, Naunynstr. 85. Den Kollegen von der Staatlichen Porzellan-Manufaktur in Charlottenburg, die sich geschlossen an der Sammlung beteiligten, sei heute schon unser aller Dank im Namen der Kinder ausgesprochen.

Nach Eingang aller Sammellisten werden wir noch einige Worte in der „Anreise“ darüber sagen.

Für das Festkomitee: A. Brauer.

An die Berlin-Charlottenburger Betriebsräte und Obleute,
die der Zahlstelleneinladung zu einer Besprechung am Freitag,
den 3. Dezember, nicht Folge leisteten. Jenen Säumigen und im
weiteren Sinne auch allen daran interessierten Kollegen sei folgen-
des mitgeteilt:

„Engster Zusammenschluß, intensivste Durchbildung und erspriesslicher Gedankenaustausch aller Betriebsräte und Oblente“, unter diesem starken Dreigestirn stand jene obengenannte Besprechung, zu der sich mehrere Kollegen zusammengefunden hatten. Eine sehr ernste und tiefgreifende Aussprache zeitigte folgendes (hoffentlich überall in Anwendung kommende) Ergebnis:

Die allgemeine Lage und mit ihr die Nutzenanwendung der Beschlüsse des 1. Berliner Betriebsrätekongresses zwingt und drängt unverzüglich zu engster Fühlungnahme unter den einzelnen und vereinzelteten Betriebsräten und Obleuten. Dieser Zusammenschluß staffelt sich vom Einzelbetrieb zur Zahlstelle, zum Gau, in der Gesamtindustriegruppe. (In unserem Falle „Stein und Erde“.) Für uns Groß-Berliner erwächst aus gewissen Mäßen die Notwendigkeit engsten Zusammenschlusses besonders. Die Zahlstelle bittet darum alle Betriebsräte und Obleute, zu den künftig im Versammlungskalender angesagten Besprechungen im Plenum zu erscheinen. Sache der Praxis wird es sein, zu diesen Besprechungen den geeigneten Zeitpunkt festzulegen. Folgende, vorerst hauptsächlichste Punkte harren dort ihrer Erledigung: Welche Richtlinien geben wir unseren Mitgliedern für die Wahl ihrer Betriebsräte und Obleute? Welche Pflichten übernimmt der Gewählte? Darf er Beschwerden, ob begründet oder grundlos, auf sich beruhen lassen? usw. usw. — Zum Schluß mögen folgende Anträge (Antragsteller: Berndt und Krebs) ihrer nützlichen Praxis zugeführt werden:

1. Alle Berliner Betriebsräte und Obleute versammeln sich zu ihrer ersten Versammlung am Montag, den 24. Januar 1921 (Wollschläger). Sie verpflichten sich, auch zu den Besprechungen der Gruppe „Stein und Erde“ zu erscheinen.

2. Die Leitung der „Ameise“ wird ersucht, für die Betriebsräte eine ständige Rubrik in unserer Zeitschrift einzurichten, Artikel über die Erfassung der B.-R. zu veröffentlichen, wichtige Schiedssprüche zu sammeln und sonstiges Material in Betriebsratsfragen zu drucken.

3. Für die Bibliothek werden die populärsten Kommentare zum Betriebsrätegesetz (Darsch, Glatau und Aufhäuser) in je drei Exemplaren angeschafft und den Funktionären für Nachschlagzwecke zur Verfügung gestellt.

Einige Worte zu unserem bestehenden Tarif. Es ist nicht meine Absicht, die Männer zu kritisieren, die damals den Tarif unterzeichneten und uns somit ein Vierteljahr lahmlegten. Denjenigen, die an diesem Punkte ihre Kritik ansetzen, möchte ich bloß sagen: „Geht hin und macht es besser!“ Ein anderes dagegen will ich mit diesen Zeilen erreichen, ein Zweifaches: 1. Möglichst viele Kolleginnen und Kollegen veranlassen, einmal überhaupt nachzudenken über das Verhältnis unseres derzeitigen Lohnes zu den gegenwärtigen Preisen, soweit hier ein Nachdenken überhaupt notwendig ist und der größte Teil nicht durch die Tatsache selbst mit der Nase darauf gestoßen wird.

2. Und das ist die Hauptsache: dieser Zwiespalt und diese Gedanken sollen nicht nur in der Küche mit der Frau ausgetauscht, am Mittag bei magerer Schüssel ausgekostet oder am Bierisch ärgerlich hinuntergeschluckt werden, sie sollen ausgesprochen werden, öffentlich. Denn nur dadurch kann unserem Vorstand eine Handhabe gegeben werden, dadurch können ihm Unterlagen gegeben werden, bei Ablauf dieses Tarifs mit neuen Forderungen den Unternehmern gegenüberzutreten und sie auf die Stimmen der Arbeiter aufmerksam zu machen und ihnen die alte Phrase endlich unmöglich zu machen, als wären es allein die Führer, die immer mit neuen Forderungen kämen. Nein, nicht die Führer, wir sind es, in deren Namen jene Einzelnen sprechen. Schon jetzt sind es einzelne Zahlstellen, die in ihren Versammlungen Stellung zu dieser Frage nahmen — aber es müssen mehr werden, alle müssen es werden. Und nun einige Worte zur Begründung dieser neuen

Forderung. Schaut jeder einmal hin, wie es denn eigentlich mit jenem vielgepriesenen Preisabbau steht. Ja, frage doch jeder sich einmal: Was ist denn abgebaut worden. Ist es nicht der reinste Hohn, wenn Regierungsstellen in die Welt posaunen, mit allen Mitteln arbeiten zu wollen, um die Preise herunterzubringen. Sind sie so ohnmächtig? Dann sollten sie schweigen in ihrer Ohnmacht. Tatsache ist, daß seit Inkrafttreten des jetzigen Tarifs am 1. Oktober infolge der wirtschaftlichen Schwankungen im Reiche die Lebensmittel und anderes hier um folgendes gestiegen sind: Das Pfund Zucker von 1,85 M. auf 3,50 M., das Pfund Rindfleisch von 7,60 M. auf 10 M. Sämtliche Fette stiegen im Durchschnitt um 4,15 M. das Pfund, der Ster Scheitholz von 55 M. auf 92 M. Ja, was bleibt dem Arbeiter und jedem Lohnempfänger denn anderes übrig, als einfach mehr zu fordern. Kann er denn dazu beitragen, billiger abzugeben. Von seiner Not vermöchte er wohl gute Portionen abzugeben. Oder soll er durch seine Bescheidenheit und seine „christliche“ Duldsamkeit beitragen, den Bauern und Unternehmern die Säcke noch mehr zu füllen, denn diese wahrlich sind es doch, denen alles Gold in die Tasche flutet. Solange nichts getan wird, um dem Geldstrom in die Säcke der Bauern und Unternehmer Einhalt zu tun, solange bleibt dem Arbeiter und Beamten nichts anderes übrig, als in dem Verhältnis neu zu fordern, in dem die Preise immer wieder steigen, zumal wir in unserem Lohn immer noch um ein Drittel schlechter daran sind als in Friedenszeiten. Der Rückstand dieses Drittels wird sich in der Folgezeit umsomehr geltend machen, da die Vorräte an Kleidung, Wäsche usw. vollständig aufgebraucht sind und die Unmöglichkeit, Neues nachzuschaffen, unsere Not immer mehr ausbreiten und vertiefen muß. Also, Kollegen und Kolleginnen, nehmt Stellung zu dieser Frage, debattiert in Euren Versammlungen über den kommenden Tarif, schickt Resolutionen ein an die „Ameise“ oder an den Vorstand. P. M., Martredewitz.

Waldburg. Ueber die Wahlen zum Gewerbegericht, die am 5. Dezember stattgefunden, schreibt die „Schles. Bergwacht“, daß sie mit einem vollständigen Siege der freigewerkschaftlichen Liste endeten. Von 913 Stimmen, die insgesamt abgegeben wurden, fielen auf die Liste der Christlichen nur 82 Stimmen, so daß sie nicht einmal einen Beisitzer erhalten. Die zu wählenden 10 Beisitzer entfielen sämtlich auf die freigewerkschaftliche Liste. Dieses erfreuliche Resultat wird in der Hauptsache darauf zurückgeführt, daß die Frauen und Mädchen aus der Porzellanfabrik sich sehr zahlreich an der Wahl beteiligten. Das ist um so mehr anzuerkennen, als diese aus den umliegenden Ortschaften stundenweite Wege zurücklegen mußten, lediglich deswegen, um ihr Wahlrecht ausüben zu können. Hinzu kommt noch, daß bereits am 7. November ein Wahltermin angesetzt war, zu dem dieselben Frauen und Mädchen schon einmal vollzählig zur Stelle waren und sich trotzdem die Mühe nicht verbrießen ließen, am 5. Dezember zum zweiten Male den weiten Weg zwecks Wahrnehmung des Wahlrechts zu machen. Die „Bergwacht“ bemerkt dazu, daß anerkannt werden müsse, die Verwaltungsstelle des Porzellanarbeiterverbandes habe ein gutes Stück Erziehungsarbeit geleistet. Das ist ein ehrenvolles Zeugnis für unsere Kolleginnen und Kollegen in Waldburg.

Auch ein Erfolg der Organisation. In einem Inserat in Nr. 49 des „Sprechsaal“ wird von einer Porzellanfabrik ein technischer Leiter gesucht, der im Verkehr mit den Arbeitern über einen der Jetztzeit angepassten richtigen Umgangston verfügt. Wir dürfen das wohl als Beweis dafür vermerken, daß die erzieherischen Wirkungen unserer Organisationsarbeit bis über den Kreis unserer Mitglieder hinaus sich geltend machen.

Betriebsräte.

Informationsmaterial für Betriebsräte.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände unterhalten gemeinsam die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale. Die Adresse lautet: Berlin SO. 16, Engelstr. 15 IV.

Diese Betriebsrätezentrale hat bereits eine Anzahl der wichtigsten Informationschriften herausgegeben lassen. Bis jetzt sind 7 Hefte erschienen. Wir weisen darauf aufmerksam, daß dieses Material auch von Gewerkschaften bezogen werden kann. Soweit Ortsanschlüsse nicht bestehen sind die diesbezüglichen Bestellungen unter gleichzeitiger Einleitung der Beträge zuzüglich der Porto-Posten an die Betriebsrätezentrale direkt zu richten.

Bis jetzt sind folgende Hefte erschienen:

Heft 1: Richtlinien, Arbeitsplan, Aufgaben und Normalsatzungen der örtlichen Betriebsrätezentralen. Preis 60 Pf.

Heft 2: Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Arbeitsordnung des Betriebsrats. Preis 40 Pf.

Heft 3: Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen. Preis 50 Pf.

Heft 4: Der Obmann im Kleinbetrieb. Preis 60 Pf.

Heft 5: Wer ist zuständig bei Streitigkeiten? Preis 50 Pf.

Heft 6: Was ist eine Bilanz? Preis 90 Pf.

Heft 7: Grundzüge für Vorträge über das Betriebsrätegesetz und die damit zusammenhängenden Gesetze. Preis 80 Pf.

Vorstehender Preis gilt nur für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, für unorganisierte erhöht sich der Preis um 100 Proz.

Wir können den Betriebsräten und Betriebsobmännern die Anschaffung dieser Hefchen nur auf das Beste empfehlen.

Die Arbeitgeber haben laut § 71, Absatz 2 des Betriebsrätegesetzes die Pflicht,

vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten.

Der erste dieser Berichte war abzugeben am 30. Juni, wenn der Betriebsrat Ende März schon gewählt war. Aber auch wenn die Wahl erst später erfolgt ist, mußte Gewicht darauf gelegt werden vom Betriebsrat, daß der Bericht am Quartalschluß erfolgt. Am 30. September war wieder ein Bericht fällig. Erfundigungen haben ergeben, daß derselbe in vielen Fällen bis heute noch nicht erstattet wurde.

Die Unternehmer werden von ihren Beratern dahingehend belehrt, daß sie nur verpflichtet sind, den Bericht zu erstatten, wenn es vom Betriebsrat verlangt wird. Die Wichtigkeit dieser Auslegung des § 71 soll hier nicht weiter untersucht werden. In juristischen Deuteleien sind gewisse Kreise ja groß. Aber selbst wenn wir diese Auffassung über die Bestimmung des § 71 für falsch halten, müßten wir doch den Betriebsräten dringend empfehlen, die Berichte zu verlangen. Dadurch wird jede Ausrede illusorisch gemacht. Vorsätzliche Unterlassung der Berichterstattung wird nach § 99 bestraft.

Vermischtes.

Zur Neugestaltung des Arbeitsrechts. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt:

Die Arbeiten zur Schaffung des in Artikel 157 der Reichsverfassung in Aussicht genommenen einheitlichen Arbeitsrechts sind in jüngster Zeit im Reichsarbeitsministerium erheblich gefördert worden. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erscheint eine möglichst rasche gesetzliche Regelung einzelner Teilgebiete geboten. Die Einzelgesetze werden später unter sich und mit dem übrigen Gesetzhalt zu einem einheitlichen Gesamtwerk verschmolzen werden. Zu einer größeren Anzahl von Einzelgesetzentwürfen sind Vorentwürfe ausgearbeitet worden, die zurzeit im Arbeitsrechtsausschuß, sowie mit Vertretern der beteiligten Kreise und mit den Behörden des Reiches und der Länder durchberaten werden. Es sind vor allem zu nennen die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, ferner eines Hausgehilfengesetzes, eines Heimarbeitergesetzes, eines Arbeitstarifgesetzes und schließlich eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. In Vorbereitung befindet sich der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten. Ferner sind die Arbeiten für die Gestaltung des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts und der für die Angestellten in diesem Rechtsgebiet erforderlichen Sonderbestimmungen in Angriff genommen.

Siedlungs- und Auswanderungs-Schwindel. Die Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung schreibt uns:

Es reißt nicht ab. Die Kupfer sind eifrig am Werk, und die Zahl der Opfer mehrt sich von Tag zu Tag. Nur allzu willig gehen sie auf den Reim; die Fallen mögen noch so plump gestellt sein. Siedlung und Auswanderung bleiben nach wie vor ergiebige Jagdgründe. Ein Schulbeispiel voran:

Herr Karl Knispel, „Bauingenieur“ oder „Architekt“ in Freystadt i. Ggw., wirbt seit vorigem Jahre für seine „Wohn- und Siedlungsreform“. Hochtönende Inserate in der kleinen Provinzpresse verschaffen ihm dauernden Zulauf. Er verspricht gegen lächerlich geringfügige Anzahlungen von 300 bis 400 M. fertige Wohnhäuser mit Inventar usw. Knispel will zum Schöpfer großer Siedlungen werden, seine völksebeglückenden Pläne aber gehen noch weiter. Schon in den ersten fünf Geschäftsjahren sollen Schulen, Krankenhäuser, Sanatorien und Sparkassen entstehen. Für jeden Rundigen lag der Schwindel blank zutage. Herr Knispel suchte seine Opfer deshalb in der kleinen ländlichen Arbeiterschaft und schließlich mit großem Erfolg. Es ist erstaunlich, daß ein Mann

ungehindert solange sein Unwesen treiben konnte, dessen Sündenregister wahrlich nichts zu wünschen übrig ließ. Wiederholt vorbestraft wegen Betruges und Heiratschwindels und Ende 1918 nach fünfjähriger Bekanntschaft mit dem Zuchthause freigelassen, brauchte er wieder Geld und warf sich auf die „Wohn- und Siedlungsreform“. Leider ließ man ihn bis zum September d. J. fröhlich weiter reformieren, während die Zahl seiner Opfer wuchs. Sechs Monate Gefängnis wegen fahrlässigen Falschheides halten ihn zurzeit anderweitig beschäftigt. Hoffentlich wird ihn die Staatsanwaltschaft noch recht lange in geeigneter Behandlung behalten.

Ein nicht minder unternehmungslustiger Mann, Herr Karl Fauth, betreibt in Leipzig die Organisation der Auswanderung nach Südosteuropa. Vorbestraft wegen Betruges und Urkundenfälschung, ist er einer der Begründer des bekannten kommunistischen Auswanderervereins „Ansiedlung Ost“, der ihn aber wegen Zweifels seiner Uneigennützigkeit bald wieder abstieß. Fauth gründete dann im vorigen Winter daselbst die Vereinigung „Ansiedlung Ukraina“, schuf durch rührige Agitation Ortsgruppen in verschiedenen Städten und warb 500 Mitglieder. Verlockendste Darstellung der Ansiedlungsmöglichkeiten in der Ukraine führte ihm bald großen Anhang zu. Um seine Projekte weiter zu verfolgen, ließ er sich im Juni d. J. vom Verein für eine Reise nach der Ukraine 5000 Mk. geben, kam aber nur bis Wien. Nach der Rückkehr wurden seine Vereinsbrüder etwas unmutig, ja, man ging soweit, ihn aus der Vereinigung auszuschließen und die Staatsanwaltschaft auf ihn hinzuweisen. Aber Herr Fauth gehört zu denen, die immer wieder auf die Beine fallen. Er hat einen neuen Auswandererverein „Bessarabien“ gegründet und große Anhängerschaft in thüringischen Orten gefunden, wo er mit Erfolg auf die Unkenntnis und Leichtgläubigkeit der Auswanderungslustigen spezialisierte. Wir hoffen, daß der gemeinnützigen Tätigkeit des Herrn Fauth für einige Zeit Einhalt getan werden wird.

Aus Unkenntnis der Verhältnisse im Ausland baut auch ein gewisser Otto Rahmann in Kiel seine phantastischen Pläne auf. Er will Auswanderer in Gruppen von je 1000 Mann von der ostafrikanischen Küste aus im Fußmarsch (!) nach Abyssinien bringen und dort ansiedeln. Unterwegs will er sich und seine Genossen durch Straßenhandel ernähren. Rahmanns System ist billig, er verrät es gegen Einfindung von 3 Mk. an jedermann.

Strafbarkeit des Lehrherrn, der seine Lehrlinge länger als 8 Stunden täglich arbeiten läßt. Ein Handwerksmeister hatte seine Lehrlinge geraume Zeit hindurch länger als 8 Stunden täglich beschäftigt, indem er sie nach der üblichen Arbeitszeit Aufräumarbeiten vornehmen ließ. Er war deswegen unter Anklage gestellt und verurteilt worden, weil er durch sein Verhalten gegen die Anordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November 1918 über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter verstoßen habe, wonach die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt ist.

Gegen seine Verurteilung legte der Handwerksmeister Revision ein, in der er geltend machte, in jener Anordnung sei nur von „gewerblichen Arbeitern“ die Rede; darunter seien aber nur die gegen Entgelt tätigen Arbeiter zu verstehen, nicht auch die zu ihrer Ausbildung beschäftigten Lehrlinge. Weiter sei doch auch zu berücksichtigen, daß die Werkstatt aufgeräumt werden müsse, und daß dies doch nur nach der Beendigung der gewöhnlichen Arbeit geschehen könne.

Das Oberlandesgericht Rostock hat indessen die Revision verworfen. Es kann keine Rede davon sein, so heißt es in den Gründen, daß unter gewerblichen Arbeitern im Sinne der erwähnten Anordnung nur die gegen Entgelt tätigen Arbeiter verstanden werden könnten. Denn die Anordnung enthält keine Einengung des Begriffs der gewerblichen Arbeiter, zu denen die Reichsgewerbeordnung nach der Überschrift in Titel 7 auch die Lehrlinge rechnet. Das Demobilisationsamt wollte ferner offenbar mit der Anordnung einer achtfündigen Arbeitszeit eine für sämtliche in Gewerbebetrieben beschäftigten Personen gleichmäßig anzuwendende Maßnahme treffen. Mit der Einführung des Maximalarbeitslages wurde in erster Linie der Schutz der Arbeiter gegen die übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und gegen die Schädigung ihrer Gesundheit bezweckt, und gerade die Lehrlinge bedürfen wegen ihrer Jugend eines solchen Schutzes.

Auf den ferneren Einwand des Angeklagten ist zu erwidern, daß selbstverständlich die Werkstatt aufgeräumt werden muß. Das nötigt doch aber nicht dazu, die Arbeiter, die hiermit beschäftigt werden, länger als die vorgeschriebene Zeit arbeiten zu lassen. Denn die Zeit, in der jene Arbeiter mit technischen Arbeiten beschäftigt werden, kann um die Zeit der gewerblichen Hilfsarbeit abgezogen werden. (Oberlandesgericht Rostock, We. 182/1920.)

Aus „Der Bechling im Bäder- u. Konditorgewerbe“.

Hygienische Volksbelehrung. Der preußische Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung beabsichtigt im Interesse und zur Erleichterung der öffentlichen Belehrung die Herausgabe eines Katalogs über das gesamte in Deutschland vorhandene, für die hygienische Volksbelehrung in Betracht kommende Demonstrationmaterial. Durch den Katalog soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß derjenige, der hygienische Volksbelehrung treiben will, über das gesamte für ihn in Betracht kommende Demonstrationmaterial orientiert wird und die Stellen kennen lernt, an die er sich wegen leihweiser Ueberlassung wenden kann. Es kommen Diapositive, Modelle, Filme, Vortragskizzen usw. in Betracht. Der Landesausschuß befindet sich in Berlin NW. 6, Luisenplatz 2 bis 4. Vielleicht kann der Ausschuß auch manchem Arbeiterbildungsausschuß, dem an hygienischer Volksbelehrung gelegen ist, gute Dienste leisten.

Versammlungsberichte.

Bahrenth. Die am 27. November stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Der Vortrag des Vauleiters Bredow über „Organisation und die wirtschaftliche Lage“ fand allgemeinen Anklang. Dies bewies auch am Schluß seiner Ausführungen der reiche Beifall, der ihm für seine trefflichen Worte zuteil wurde. Den Bericht des Ortsausschusses erstattete der Vorsitzende. Kollege Kröniger wies besonders darauf hin, daß die Mitglieder die Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die am 5. Dezember nach Bahrenth kommt, besuchen mögen. Unter Punkt „Verschiedenes“ gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Sammelliste für Weihnachtsgeschenke arbeitsloser Kollegen den Betrag von 212,50 Mk. ergeben hat. Des weiteren wurde bekanntgegeben, daß sich eine größere Anzahl Weidenberger Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen unserer Zahlstelle angeschlossen haben. Auch diese Arbeiter und Arbeiterinnen haben erkannt, daß man mit Hilfe der Organisation zum Ziele gelangen kann.

Magdeburg. In der am 2. Dezember im „Wintergarten“ tagenden Generalversammlung gab der Kassierer einen kurzen Bericht über den Stand der Mitgliederbewegung innerhalb der Zeit vom 1. Januar bis 1. Dezember; die eigentliche Berechnung betrug ja nur 9 Monate. Der durchschnittliche Mitgliederbestand war 518. Die Einnahme an Beiträgen, Eintrittsgeldern und Ersparbüchern betrug 37.715,45 Mk. An freiwilligen Sammlungen gingen 3437,45 Mk. ein. Die durchschnittliche Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes war 79,45 Mk. oder pro Woche 203,7 Pf. Der Streik bei Kops & Trinte erforderte eine statutarische Unterstützung von 1234,02 Mk. und eine freiwillige von 1363,52 Mk.; diese wurde durch Sammlungen aufgebracht; zusammen 2597,54 Mk., insgesamt mit 280 Arbeitstagen. Am Streik waren 17 Kollegen und 11 Kolleginnen beteiligt. Unterstützungsanträge auf Arbeitslosenunterstützung waren 12 Fälle zu verzeichnen mit 343 Arbeitstagen; Kosten 680,86 Mk. Krankheitsfälle waren 76 mit 1957 Arbeitstagen. Unkosten 2258,03 Mk. Bis zum 1. Dezember fanden 17 Verwaltungssitzungen und 12 Versammlungen statt. Ein Bericht über die Kontrollarten für Versammlungsbefuch konnte nicht gegeben werden, da die Karten sehr mangelhaft eingingen. Der Vorsitzende ersucht die säumigen Mitglieder, ihre Karten sofort an die Unterkassierer abzugeben, damit der Bericht in der Januarversammlung gegeben werden kann. Die Verwaltungswahl ergab die Wiederwahl der engeren Verwaltung. Bei den Beisitzern, Revisoren und Kartellbelegierten kamen nur einige Neubewerben in Frage. Die Wahl der Unterkassierer wird bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. An der vorgelegten Arbeitsordnung, welche schon einmal von einer eigenen Kommission durchberaten war, wurden weitere Änderungen nicht vorgenommen. Aus dem Kartellbericht ist kurz hervorzuheben, daß der Antrag des Gewerkschaftsbundes zur Unterstützung der Kinderhilfe vom Kartell abgelehnt wurde. Im Punkt „Verschiedenes“ stimmte die Versammlung den Anträgen, welche aus dem 2. Agitationsbezirk an den Vorstand eingegangen waren, zu, welche dahin gingen, beim Vorstand zu beantragen, sich auf schnellstem Wege mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu setzen zwecks Auszahlung einer einmaligen Feuerungsbeihilfe in Höhe eines zweiwöchentlichen Verdienstes. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, für die seit 10 Wochen im Streik stehenden Schildermaler Berlins Sammellisten in den Betrieben zirkulieren zu lassen, wurde einstimmig angenommen.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Gräfenhain. Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 3 Uhr, im „Gasthaus zum Steiger“.

Sachsenberg a. Eger. Samstag, den 18. Dezember, im „Gasthof zum Egertal“.

Leipzig. Sonnabend, den 18. Dezember, in Laucha. Abfahrt 5.10 Uhr vom Eilenburger Bahnhof.

Münchberg. Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 2 Uhr, Thomastraße im Lokal.

Blau. Sonntag, den 19. Dezember, nachm. 2½ Uhr, im „Gasthaus zum Adler“: Verwaltungswahl.

Tettau. Montag, den 20. Dezember, im Saal.

Berlin-Charlottenburg.

Wegen Inventar Rückgabe aller Bibliotheksbücher und Unterlagen erbeten.

J. A. A. Schulze.

Dank.

Der Zahlstelle Gräfenhain für die aus Anlaß meiner langandauernden Krankheit gewährte reichliche freiwillige Unterstützung sage ich hiermit meinen besten Dank.

Gräfenhain-Meerbach.

Reinhold Kühnemann, Bremer.

